

Positionspapier Hochschulen JUSO Basel-Stadt

Gleichstellung

Obschon sich die Nordwestschweizer Hochschulen bemüht zeigen, die Chancengleichheit an ihren Institutionen zu verbessern, gibt es weiterhin alte und neue strukturelle Hindernisse, welche einer echten Chancengleichheit im Wege stehen. Auch heute spielen Geschlecht, die Biografie der Menschen und die Verhältnisse, aus denen sie kommen eine viel zu grosse Rolle, ob sie an einem Studium an einer Hochschule teilnehmen können und wie ihre spätere berufliche Laufbahn aussieht.

So ist beispielsweise an den meisten Nordwestschweizer Hochschulen ganz klar eine strukturelle Benachteiligung der Frauen auszumachen. So sind Professorinnen im Normalfall stark untervertreten, an der Universität Basel ist z.B. nur ein Viertel der Lehrstühle mit Frauen besetzt, bei mehreren Fakultäten liegt dieser Anteil sogar bei unter 20 Prozent.¹

Damit es an den Nordwestschweizer Hochschulen zu einer wirklichen Gleichstellung aller Menschen kommen kann, sollen folgende Ziele erreicht werden:

Gleichstellung der Geschlechter²

Ein Studium sowohl die darauffolgende berufliche Laufbahn ist noch heute stark durch das Geschlecht und die Familiensituation geprägt. So übernehmen Frauen einen signifikant höheren Anteil an Carearbeit wie zum Beispiel der Kindererziehung. So zeigte sich im Lockdown, während der Coronapandemie Anfang 2020, dass vor allem Wissenschaftler mehr wissenschaftliche Arbeiten publizieren konnten. Wissenschaftlerinnen hingegen konnten während dieser Zeit keine erhöhte Anzahl an Publikationen schreiben, da diese viel Zeit in die Kinderbetreuung investieren mussten. Gleichzeitig kann der Mehraufwand der Kinderbetreuung bei jungen Wissenschaftler*innen vor allem zu Beginn ihrer Karriere diese extrem stark belasten, was oft auch zur Beendigung dieser bei mindestens einem Elternteil führen kann. Damit dieser strukturellen Diskriminierung entgegengewirkt werden kann, müssen die Nordwestschweizer Hochschulen flächendeckend und in genügender Qualität und Kapazität eine kostenlose Kinderbetreuung für alle Studierenden und Mitarbeitenden anbieten. Diese soll vom Säuglingsalter bis zum Eintritt in die Obligatorische Schule gelten.

Auch an den Nordwestschweizer Hochschulen verdienen Frauen noch immer weniger als ihre männlichen Berufskollegen. Diese gesetzeswidrige Lohndiskriminierung muss schnellstmöglich behoben werden, der Kanton Basel-Stadt als grösster Geldgeber muss Druck auf die Hochschulen ausüben und von ihnen Rechenschaft einfordern, damit dem Einhalt geboten wird.

Deswegen fordert die JUSO Basel-Stadt:

- Eine verbindliche Geschlechterquote von 50% bis 2035, um die bestehende Untervertretung von Frauen an Lehrstühlen auszugleichen¹
- Einen jährlichen Bericht über den Fortschritt dieses Ziels
- Finanzielle Sanktionen für Institutionen, welche dieser Verpflichtung nicht nachkommen

¹ „Gleichstellungsmonitoring 2017-2018 der Universität Basel: <https://www.unibas.ch/dam/jcr:0fa81724-89df-4505-be46-2a20e044a522/Gleichstellungsmonitoring%202017-2018.pdf>“.

² „Die JUSO Basel-Stadt anerkennt die Existenz von mehr als zwei Geschlechtsidentitäten. Hier wird zum jetzigen Zeitpunkt in den Formulierungen lediglich auf die Geschlechterförderung im binären Geschlechtssystem eingegangen. Dass dies einer weiteren Ausarbeitung bedarf, ist der JUSO Basel-Stadt bewusst. Auf ein * bei den Geschlechtsbezeichnungen wird hier bewusst verzichtet, da für die JUSO Basel-Stadt trans-Frauen ganz klar Frauen und trans-Männer ganz klar Männer sind.“

Chancengleichheit

40 Vielfältige Bildungswege ermöglichen

Der klassische Bildungsweg ist tot. Was vor Jahrzehnten noch normal war, wird immer ungewöhnlicher: ein geradliniger Bildungsweg, der in einem Beruf endet, der bis zur Pensionierung nicht mehr geändert wird. Die Hochschulen müssen sich dieser neuen Situation anpassen. So soll der Zugang zu einem Universitären Studium in Basel auch mit Berufsmatur möglich sein, denn auch das Angebot der «Passerelle» schliesst viele von der Teilnahme aus, da sie wieder komplett finanziell abhängig macht. Zudem ist der Mehrwert der dadurch erlangten Bildung für ein späteres Studium fragwürdig.

Durch die zunehmende Digitalisierung werden immer mehr Stellen in den klassischen Berufen reduziert oder sie werden ganz verschwinden. Die durch die Digitalisierung geschaffenen Stellen sind jedoch nicht gleichwertig, sondern erfordern zumeist eine weiterführende Bildung, wodurch immer mehr Menschen eine Fortbildung im späteren Verlauf ihrer Berufslaufbahn benötigen. Hierfür ist es wichtig, dass es Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung gibt, die nicht unter die bisher gewohnten Standardkriterien für die Berechtigung zum Erhalt von Stipendien fallen. So müssten nach dem heutigen Verfahren zum Erhalt von Stipendien oder anderen finanziellen Unterstützungen angehende Studierende ihre Stelle kündigen, bevor sie sich dafür bewerben können. Dies stellt für viele Menschen, vor allem wenn diese bereits eine Familie haben, ein zu hohes Risiko dar, verunmöglicht ihnen den Zugang zu einer Weiterbildung - egal ob diese an einer Hochschule oder über eine andere Bildungsinstitution erlangt werden soll.

Die JUSO Basel-Stadt fordert deshalb:

- Zugang zur Universität mit Berufsmatur
- Dass zusätzliche Möglichkeiten für den Erhalt von Stipendien oder sonstige finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden, welche speziell auf die Bedürfnisse des zweiten Bildungsweges zugeschnitten sind.

Bildung an Hochschulen muss auch für Geflüchtete gewährleistet sein

Das Angebot des Offenen Hörsaals der Universität Basel ist richtig und wichtig. Gerade für viele Geflüchtete in Ausbildung ist es wichtig, dass sie mit ihrer Ausbildung fortfahren können. Dass jedoch viele Abschlüsse ausländischer Bildungseinrichtungen von der Universität Basel nicht anerkannt werden, schliesst viele der Teilnehmenden von einem regulären Studium an der Universität Basel aus. Der von ihnen verlangte ECUS-Abschluss sprengt jedoch bei weitem den finanziellen Rahmen, den sich die Geflüchteten leisten können.³ Die Universität Basel soll für Geflüchtete, die ein Studium anstreben, Ausnahmegewilligungen erlassen, damit diese hier ihre Ausbildung schnell wieder aufnehmen können.

Mental Health/ Psychologische Hilfe

Wer in unserer heutigen Gesellschaft studiert sieht sich häufig mit einer Anzahl an Problemen konfrontiert. Viele Studierende wohnen nicht mehr bei ihren Eltern, sondern sind zum ersten Mal für sich selbst zuständig, müssen neben dem Studium sich durch Nebenjobs über Wasser halten und dazu kommt noch der Stress im Studium selbst. Für einige ist diese Situation belastend und stellt die Student*innen vor Herausforderungen.

Bei einigen Student*innen kommen neben diesen alltäglichen Belastungen auch psychologische Probleme hinzu. Bis heute ist die menschliche Psyche nicht vollständig erforscht. Einige Menschen mit psychologischen Problemen bedürfen Unterstützung und Hilfe, um mit diesen fertig zu werden.

³ „ECUS – Examen Complémentaire des Hautes Écoles Suisses“.

An der Universität Basel gibt es heute einige Anlaufstellen bei Überforderung im Studium und bei psychologischen Problemen. Diese reichen von der Studienberatung, an die man sich auch bei Prüfungsstress oder persönlichen Problemen wenden kann, bis hin zu der Universitären
85 Psychiatrischen Klinik, bei ersten Fällen von psychischen Erkrankungen. Dort ist es wieder eine Frage der Kosten. Die Krankenkasse übernimmt die Kosten einer Therapie nur, wenn ein psychologisches Problem mit «Krankheitswert», wie zum Beispiel Angststörungen oder eine Sucht, vorliegt.⁴ Auch bietet die Universität Basel Hilfe an für Probleme im Studium oder im persönlichen Umfeld. Hierbei belaufen sie die Kosten auf 80 Franken pro Stunde. Dies kann sich nicht jeder leisten und die
90 Krankenkasse übernimmt die Kosten dabei nicht.⁵

An der FHNW ist der psychologische Dienst weniger stark ausgearbeitet. Es gibt zwar eine Beratungsstelle für Studierende bei psychologischen Problemen, welche das Studium angehen, wie zum Beispiel wenn die Leistungen abnehmen oder wenn man persönliche Probleme hat. Doch um diesen Dienst zu finden, muss man die Website der FHNW ziemlich durchforsten. Hinzu kommt noch,
95 dass Studierende im Allgemeinen selbst wenig über psychologische Probleme wissen.

Aus diesen Gründen fordert die JUSO Basel-Stadt:

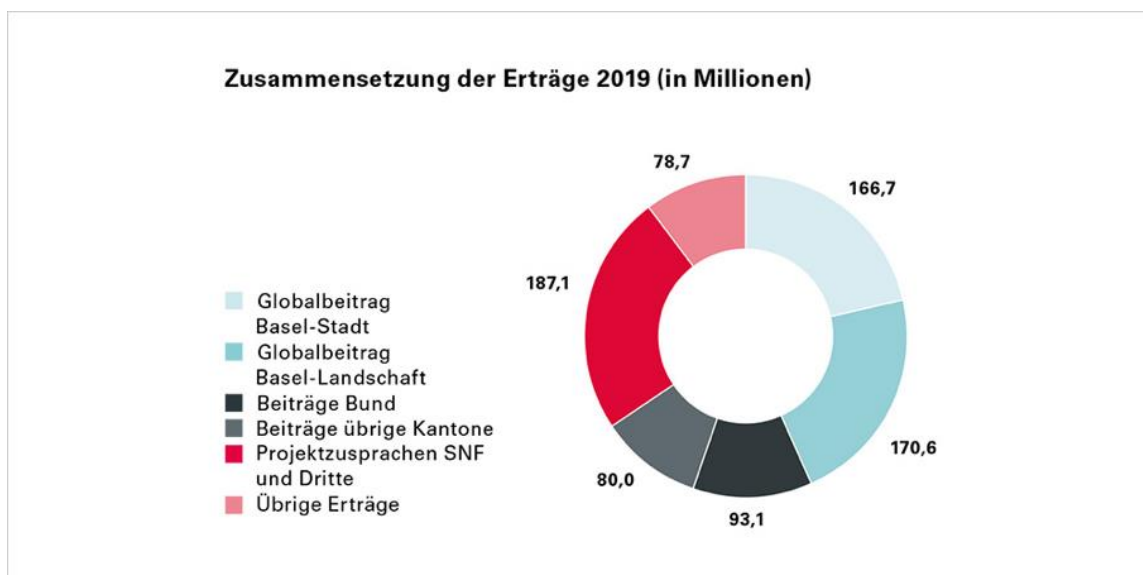
- Eine kostenlose psychologische Betreuung für Student*innen
- Einen Ausbau des psychologischen Dienstes an der FHNW
- Sensibilisierungsmassnahmen und bessere Aufklärung in Bezug auf psychologische Krankheiten

100

Finanzierung der Basler Hochschulen

Die Basler Hochschulen werden zu einem grossen Teil mit Geldern der öffentlichen Hand, also von Bund und Kantonen finanziert.

Bei der Universität Basel beispielsweise, deren Gesamtertrag 776,5 Millionen Franken beträgt
105 werden 166,7 Millionen vom Kanton Basel-Stadt, 170,6 Millionen vom Kanton Basel-Landschaft, 93,1 Millionen vom Bund, 80 Millionen von übrigen Kantonen, 187,1 Millionen durch Projektgutsprachen des schweizerischen Nationalfonds und Dritten und 78,8 Millionen über sonstige Erträge beigesteuert und finanziert.⁶



⁴ „<https://www.therapie.de/psyche/info/fragen/wichtigste-fragen/was-bezahlt-die-krankenkasse/>“.

⁵ „<https://psychologie.unibas.ch/de/fakultaet/universitaere-psychologische-dienste/zentrum-fuer-psychotherapie/>“.

⁶ „<https://www.unibas.ch/de/Universitaet/Universitaet-in-Kuerze/Finanzierung.html>“.

110 Somit finanziert die öffentliche Hand die Universität Basel mit Beiträgen in der Höhe von 510,7 Millionen Franken.

Die Grundfinanzierung wird durch die beiden Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sichergestellt und ermöglicht der Universität einen gewissen finanziellen Spielraum.

115 Als im Jahr 2017 die Höhe der Finanzierung seitens des Kantons Basel-Landschaft in Frage gestellt wurde, stellte dies die Universität vor Probleme und auch die Beziehungen zwischen den beiden Kantonen wurde auf die Zerreissprobe gestellt, da die Universität gerade in der Region Basel als Bildungsinstitution von grosser Bedeutung ist.

120 Die Semestergebühren der Student*innen sind übrige Erträge, welche die Universität verzeichnen kann. Bei 12'811 immatrikulierten Personen, welche mindestens 850 Franken Semestergebühren bezahlen, kommt man damit auf eine Summe im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.⁷

125 Dies zeigt, dass die Abschaffung der Studiengebühren, welche die JUSO aus Gründen der Chancengleichheit immer wieder fordert, eine leicht umsetzbare und finanziell verkraftbare Massnahme wäre, die den einzelnen Student*innen ermöglichen würde, unabhängiger von schlecht bezahlten Student*innenjobs zu werden, die bei einem Studium zu einer schweren Bürde werden können.

Auch bei anderen Hochschulen, wie beispielsweise der Pädagogischen Hochschule oder der Fachhochschule Nordwestschweiz wird ein grosser Teil des Gesamtertrages durch die Finanzierung der öffentlichen Hand sichergestellt und gewährleistet.⁸

130 Semestergebühren machen auch hier nur einen kleinen Teil der Einnahmen aus. Ihre mittelfristige Senkung und langfristige Abschaffung müssen daher konsequent vorangetrieben werden.

Deshalb fordert die JUSO Basel-Stadt:

- Die Abschaffung der Studiengebühren

Fremdfinanzierung der Hochschulen⁹

135 «Universitäre Hochschulen sind das Gehirn einer Gesellschaft. In ihnen wird Wissen gesammelt, vernetzt und neu geschaffen. Gestützt vom Staat und grösstenteils finanziert durch Steuern, können Wissenschaftler unabhängig an jenen Themen forschen, welche die Gesellschaft verbessern könnten – etwa an der Heilung von schweren Krankheiten oder an der Entwicklung erneuerbarer Energiequellen.

140 Seit ein paar Jahren kommt das Geld vermehrt aus anderen Quellen als den staatlichen. Grosskonzerne, Stiftungen oder andere Organisationen investieren zunehmend in die universitäre Forschung. Sie sponsern Professuren, lancieren Forschungsk Kooperationen oder statten Professoren mit Forschungs- und Beratungsmandaten aus.»

145 In der Forschung und im Hochschulbetrieb nimmt die Fremdfinanzierung durch Unternehmen **16.4%** des Jährlichen Aufwandes ein. Das entspricht 1.25 Milliarden von 7.6 Milliarden jährlichem Budget der Universitäten und Technischen Hochschulen.

«Derzeit existieren an Schweizer Universitäten über 300 Kooperationen mit Dritten – überwiegend bestehend aus privaten Geldgebern. Hinzu kommen mehr als 1300 Nebenbeschäftigungen, welche Professoren an Schweizer Universitäten und ETHs deklariert haben.»

⁷ „https://www.unibas.ch/dam/jcr:faf61d7d-da07-4e9d-a4b9-d7237d038846/Jahresbericht_2019.pdf“.

⁸ „<https://www.fhnw.ch/de/die-fhnw/facts-und-figures/jahresbericht>, Rechnung 2019 S.6“.

⁹ „Welche Geldgeber Schweizer Universitäten sponsern.“ SRF - Julian Schmidli, Timo Grossenbacher und Marcel Hänggi (Vom 20.04.2016 – Zugriff am 08.09.20) <https://www.srf.ch/news/schweiz/uni-transparenz/welche-geldgeber-schweizer-universitaeten-sponsern>“.

150 Das Grundproblem ist die Einflussnahme der Finanzgeber auf Personalfragen, direkten Einfluss auf die Forschungspublikationen und mutmasslich auch auf die Ergebnisse.

Die Fremdfinanzierung kann jeweils mit oder ohne Verträge geschehen. Ohne Vertrag ist der möglichen Einflussnahme des Financiers auf eine Forschungsgruppe beispielsweise unermesslich hoch, da er jeder Zeit den Geldhahn zudrehen kann.

155 Aber auch bei vertraglich geregelter Finanzierung kann die Einflussnahme auf Personal und Forschung sehr hoch sein, wie das SRF 2016 aufdeckte.

Es gibt zwar Bestrebungen die Finanzierung transparenter zu gestalten, doch klar ist, dass Sponsoring-Verträge mit gewissem Einfluss an allen Universitäten und eidgenössischen technischen Hochschulen gang und gäbe sind.

160 Die Verträge sind zu grossenteils nicht transparent, geschweige die in den Verträgen enthaltene Bedingungen für die Professuren und Forschung. Die Universitäten hätten sich selbst Richtlinien schaffen müssen, um die akademische Freiheit zu gewährleisten.

Diese wurden aber meist nicht geschaffen und nach Markus Müller, Staatsrechts-Professor in Bern bringen auch Vertragsklauseln, die diese Freiheit garantieren sollen, nichts.

165 **Es wird trotz vollkommener Transparenz und harten Richtlinien eine Einflussnahme stattfinden. Da der Druck des Entzugs der Geldmittel immer bestehen wird.**

Das zweite grosse Problem ist, dass durch die Interessen an gewinnbringenden Forschungsgebieten, wie Medizin und Wirtschaft andere Disziplinen wenig oder keine Zusätzlichen Mittel erhalten. (siehe Grafik)



170 Folgend fordert die JUSO Basel-Stadt:

- Jegliche Fremdfinanzierung muss über eine von den Universitäten geschaffene Genossenschaft laufen, um diese krasse Einflussnahme zu verhindern und Finanzierung von nicht gewinnbringender Forschung zu stärken
- Die Genossenschaft muss aus gewählten Vertretern der Universitäten bestehen und sie teilt das jährliche Fremdkapital auf die Universitäten und Departemente auf, bis der Staat die Finanzierung der Hochschulen wieder komplett übernommen hat

175

Demokratische Mitbestimmung der Student*innen

180 Die Universität Basel ist in seiner Entscheidungskompetenz weitgehend unabhängig von seinen Trägerkantonen.¹⁰ In der Hierarchie der Uni steht zuoberst der Universitätsrat, diesem sind die Regenz, die Rektoratskonferenz und das Rektorat unterstellt. Letzterem untergeordnet sind die Fakultäten, welche ihrerseits über Selbstverwaltungsorgane verfügen. Einige Fakultäten verfügen zusätzlich über Departemente, die ihrerseits Selbstverwaltungsorgane besitzen. Die studentische Körperschaft (skuba) als eigenständige öffentlich-rechtliche Körperschaft vertritt die Interessen der Student*innen in der Regenz sowie allenfalls in Fakultäts- und Departementsgremien.¹¹

185 All diese Gremien treffen für die Student*innen vitale Entscheidungen. Insbesondere der Universitätsrat als oberstes Entscheidungsorgan der Universität, dem (nebst vielen weiteren Kompetenzen) die Wahl von Inhaber*innen struktureller Professuren, die strategische Planung über die Ausrichtung der Universität sowie die Budgetplanung im Rahmen, der von den Trägerkantonen zur Verfügung gestellten Mittel obliegt, hat zentrale Bedeutung.¹² Damit die Interessen der Student*innen bestmöglich verwirklicht werden, ist Einsitz in den Gremien von grösster Wichtigkeit. Ein Einsitz im Universitätsrat ist den Student*innen bislang mit Blick auf ihre Eigenschaft als Universitätsangehörige verwehrt geblieben.¹³ Dass Direktbetroffene nicht mitbestimmen dürfen und stattdessen eine elitäre Gruppe von «Persönlichkeiten aus Gesellschaft und Politik, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft sowie Kultur» über die Zukunft der universitären Bildung in Basel bestimmen, führt zu einem verfälschten Abbild der Bevölkerung und neoliberaler Finanzplanung.

Auf der Ebene der Fakultäten und der Departemente sind die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte von Student*innen sehr unterschiedlich ausgestaltet. Während in einer Fakultät bspw. der Einsitz von Student*innen in Versammlungen und Kommissionen gängige Praxis ist, wird dies an der anderen Fakultät gänzlich anders gehandhabt.

200 Der Studierendenrat als Parlament der skuba nimmt eine wichtige Rolle in der Meinungsbildung der Student*innen ein und prägt die Position der skuba-Vertretungen in weiteren Universitätsgremien (etwa der Regenz). Zu häufig aber erscheinen Entscheide des Studierendenrats als Zufallsentscheide, da immer wieder Sitze unbesetzt sind und/oder Mitglieder abwesend sind. Die Organisation unter den Mitgliedern des Studierendenrats funktioniert auch eher lose, weswegen sich das längerfristige Verfolgen von Projekten als schwierig gestaltet. Um die Entscheide des Studierendenrats in ihrer Aussagekraft zu stärken, sind daher grundsätzliche Änderungen am System notwendig: Die Möglichkeit der stillen Wahl der Mitglieder des Studierendenrats – von der häufig Gebrauch gemacht wird – führt zu Desinteresse an der Hochschulpolitik, einem verfälschten Abbild der Meinungen der Student*innen im Studierendenrat sowie einem mangelnden Pflichtbewusstsein der Ratsmitglieder. Die Mitglieder des Rats sollen inskünftig weniger den Interessen ihrer eigenen Fakultätsangehörigen, sondern mehr denjenigen der Student*innen der gesamten Universität verpflichtet sein, weswegen sich eine Abschaffung der Fakultätswahlkreise aufdrängt. Stattdessen sollen sich auf (fakultätsübergreifenden) Listen Kandidat*innen für den Studierendenrat zusammenfinden, welche ähnliche politische Interessen verfolgen mit dem Ziel, diese bei einer allfälligen Wahl im Studierendenrat umsetzen zu können.¹⁴

Daher fordert die JUSO Basel-Stadt:

- den Einsitz der Student*innen in allen relevanten Gremien der Universität und insbesondere einen studentischen Sitz im Universitätsrat.

¹⁰ Vgl. § 1 Abs. 2 des Vertrags zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vom 27. Juni 2006., 1.

¹¹ § 21 Statut der Universität Basel (Universitätsstatut) vom 3. Mai 2012., 21.

¹² Vgl. § 9 Universitätsstatut., 9.

¹³ § 24 Abs. 2 i.V.m. § 15 Abs. 1 Universitätsvertrag., 24.

¹⁴ „Vgl. nur die Organisation des Studierendenrats an der Universität Bern, <https://sub.unibe.ch/de/ueberuns/studierendenrat-85.html> (zuletzt abgerufen am 07.09.2020).“

- 220
- gesamtuniversitär einheitliche Regeln betreffend die studentischen Mitbestimmungsrechte in fakultären und departementalen Kommissionen.
 - die Abschaffung der Fakultätswahlkreise sowie der Möglichkeit der stillen Wahl, die Einführung eines Proporzwahlsystems sowie die Anerkennung von Fraktionen als Zusammenschlüsse von Vertreter*innen ähnlicher politischer Haltung im Studierendenrat, für dessen Wahlen.

225 **Nachhaltigkeit**^{15 16}

Dass sich Bildungsinstitutionen wie Universitäten und Hochschulen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz in den eigenen Reihen einsetzen, ist für uns selbstverständlich. Von einem Ort, an dem unter anderem zum Klimawandel und zu Artensterben geforscht wird, darf man gewisse Dinge erwarten. Und zwar, dass vor der eigenen Haustüre gekehrt wird.

230 Wir fordern von Unis und Hochschulen Klimaneutralität bis im Jahre 2030. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sie sich in Zeiten der Klimakrise in die Vorreiterrolle begeben und das Netto-0-Ziel tatkräftig anpacken.

235 Potential sehen wir im Gebäudebereich (neues Gebäude der FHNW in Muttenz ausgenommen): Flächendeckende Gebäudesanierungen in den nächsten Jahren, sowie konsequente Förderung von Solarenergie, also Photovoltaikanlagen, auf den entsprechenden Gebäuden.

240 Ein weiterer Ansatz sehen wir bei den Bildungsreisen. Hier fordern wir in erster Linie ein grundsätzliches Verbot von sogenannten Kurzstreckenflügen. Als Eingrenzung fordern wir, wie damals bei unseren Klima Motionen, den Richtwert von 1000 km. Sonstige Flüge, die den Richtwert überschreiten, gilt es verpflichtend zu kompensieren. Damit diese Kompensationszahlungen nicht in die Taschen umstrittener Greenwashing-Unternehmen fließen, fordern wir die Schaffung eines sogenannten Klima-Ausgleich-Fonds. Dieser hilft dann je nach Uni oder Hochschule bei der Finanzierung diverser klimaschützender Massnahmen. Hiermit sind aber explizit nicht Alibi-Projekte gemeint, wie das einfache Verbot von Pappbechern in Kantinen. Mit dem Fonds sollen weitreichende Projekte und Massnahmen unterstützt werden können, wie beispielsweise die Subventionierung des veganen Menu.

245 Mit Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass sich die Pensionskasse sowohl der Uni Basel als auch der FHNW auf einem nachhaltigen Weg befindet. Dennoch fordern wir die konsequente Weiterführung dieses Pfades.

250 Das Geld von Basler Bildungsinstitution darf auf keinen Fall in fossile Energieträger und klimaschädliche Unternehmen fließen.

Aufgrund dessen fordert die JUSO Basel-Stadt:

- 255
- Klimaneutralität an Universitäten und Hochschulen bis 2030
 - Verbot von Kurzstreckenflügen unter 1000 km
 - Schaffung eines Klimafonds, gespeist durch CO₂- Kompensationszahlungen
 - Ausschliesslich klimafreundliche Finanzanlagen

Basel, Januar 2021

Verfasser*innen: Anna, Stella, Philipp, Henning, Nino, Lea, David, Joris

¹⁵ „<https://www.unibas.ch/de/Mitarbeitendenportal/Anstellung/Versicherung-Vorsorge/Pensionskasse.html>“.

¹⁶ „<https://www.fhnw.ch/de/karriere/welcome-center/attraktive-anstellungsbedingungen>“.